

**SPD**

Rheinland-Pfalz Direkt **von Ingeborg Sahler-Fesel**

Ausgabe 3 - November 2011

Die Gerechtigkeit kommt nicht unter die Räder

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

Am 11. November hat der Landtag über den Doppelhaushalt 2012/2013 beraten. Dieser Haushalt steht im Schatten der von allen Fraktionen im Landtag beschlossenen Schuldenbremse. Unter diesem Hintergrund muss das Land jedes Jahr mehrere Millionen Euro einsparen, um bis ins Jahr 2020 die Neuverschuldung auf 0,- Euro zu reduzieren. Dabei spart die Landesregierung mit Augenmaß und Verstand. Die Gerechtigkeit kommt bei uns nicht unter die Räder.

Unsere Sparvorschläge liegen in allen Bereichen offen auf dem Tisch. Dabei ist aber der Bereich Bildung eindeutig von den Sparmaßnahmen ausgenommen. So steigen die Mittel für Bildung und Investitionen in 2012 um 5%.

Bildung ist für uns der Garant für eine erfolgreiche Zukunft unserer Kinder. Daher werden wir in Kindertagesstätten bis 2016 zusätzlich 10 Millionen Euro investieren. Wir werden die Ganztagschulen weiter ausbauen und die Schulklassen gleichzeitig verkleinern. Trotz massivem Rückgang von Schülerinnen und Schülern werden wir 1000 zusätzliche Lehrerstellen beibehalten.

Die CDU und Frau Klöckner haben im Wahlkampf einen ausgeglichenen Haushalt bereits für das Jahr 2016 angekündigt. Jetzt lassen sie jedoch jeden Sparwillen vermissen. Jeden unserer Sparvorschläge lehnen sie ab, kommen aber auch nicht mit eigenen Vorschlägen daher. Konstruktive Haushaltsberatungen sind so leider nicht möglich. Auf die zu Beginn der Legislaturperiode angekündigte konstruktive Opposition warten wir heute noch.

Die rot-grüne Landesregierung weiß, dass an den Konsolidierungsmaßnahmen kein Weg vorbei führt, sie sind notwendig, um die Handlungsfähigkeit des Landes für die Zukunft zu sichern. Wir legen klar auf den Tisch, wo wir sparen werden. Fast alle Bereiche der Landespolitik werden dazu ihren Beitrag leisten. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen, um Rheinland-Pfalz auch in Zukunft zu einem lebenswerten Ort zu machen und den Spitzenplatz im Ländervergleich zu halten.

Ihre

FDP teilt Menschen nach Wohnort in 2 Klassen ein

Ingeborg Sahler-Fesel, MdL: DSL muss zur Daseinsvorsorge gehören

Mit Verwunderung reagierte die Landtagsabgeordnete Ingeborg Sahler-Fesel (Schweich) auf die Entscheidung des Deutschen Bundestages, DSL nicht verpflichtend flächendeckend ausbauen zu müssen: „Ein schneller DSL-Anschluss ist heute genauso dringend notwendig wie die Versorgung mit Wasser und Strom. Leider hat es der Bundestag auf Betreiben der FDP versäumt, eine Verpflichtung an die Telekommunikationsunternehmen zu erlassen, in Deutschland DSL flächendeckend auszubauen.“



aboutpixel.de / DSL Modem © Robert Köberl

Man vertraut da laut Herrn Rösler (FDP) lieber darauf, dass „der Markt es schon richten wird“. Damit hat die FDP entschieden, dass einige Regionen, vor allem mit ländlichem Charakter, nicht in den Genuss einer schnellen DSL-Anbindung kommen werden. Ich frage mich, wie die Eifeler Bundestagsabgeordneten Dr. Geisen (FDP) und Patrick Schnieder, CDU-Generalsekretär in RLP, diesem Antrag so zustimmen konnten, kommen sie doch selber aus einer ländlichen Region mit teilweise langsamen DSL-Anschlüssen.

Die Verbandsgemeinde Ruwer bemüht sich im Moment auch, alle ihre Gemeinden mit schnellem Internet zu versorgen. Da sich bisher noch kein Unternehmen gefunden hat, das den Ausbau aus wirtschaftlichen Gründen bezahlen würde, muss die Verbandsgemeinde wahrscheinlich einen hohen Anteil der Kosten selber tragen. Die Entscheidung des Bundestages führt nun dazu, dass es in Deutschland viele Gemeinden und Regionen geben wird, die ähnlich verfahren müssen.

Zum Glück kennt die Landesregierung Rheinland-Pfalz die Nöte ihrer Gemeinden und hat mit dem Leerrohrprogramm Investitionsmittel bereit gestellt, um Gemeinden bei ihren Bemühungen um einen schnellen DSL-Anschluss finanziell zu unterstützen, denn eine schnelle Internetanbindung muss zur Daseinsvorsorge gehören. Sie ist Standortfaktor für viele Unternehmen und Familien bei der Entscheidung, wo sie hinziehen wollen.“

Sahler-Fesel, MdL begrüßt Erhalt der Polizeipuppenbühne

Die Schweicher Landtagsabgeordnete Ingeborg Sahler-Fesel (SPD) zeigte sich erfreut über den Erhalt der Polizeipuppenbühne im Rahmen der Polizeistrukturreform:

„Mit Freude habe ich erfahren, dass das Innenministerium die Polizeipuppenbühne nun doch erhalten möchte. Im Vorfeld der Polizeistrukturreform habe ich viele E-Mails und Briefe von Eltern, sowie Erzieherinnen und Erziehern bekommen, die mich darauf hingewiesen haben, wie wichtig diese Einrichtung ist. Nach intensiven Gesprächen mit dem Innenministerium ist es nun doch gelungen, die Polizeipuppenbühnen im ganzen Land zu erhalten. So wird weiterhin sichergestellt, dass Kindergartenkinder spielerisch das Verhalten im Straßenverkehr und in Gefahrensituationen lernen können. Ein Erfolg für die Menschen in unserem Land.“

Kita-Ausbau statt Herdprämie

SPD steht für modernes Familienbild

Geht es nach Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, bekommen ab 2013 Eltern, die ihr Kind im zweiten Lebensjahr zuhause betreuen, ein Betreuungsgeld ausgezahlt. Auch wer Teilzeit arbeitet, soll in den Genuss dieser staatlichen Prämie kommen. Zwei Milliarden Euro will sich der Bund laut Schröder diese Maßnahmen kosten lassen. „Das Betreuungsgeld ist bildungs- und familienpolitischer Unsinn“, bewertet die Vorsitzende des Arbeitskreises für Integration, Kinder und Jugend der



aboutpixel.de / Kindertanz © Lucian Binder

SPD-Landtagsfraktion, Ingeborg Sahler-Fesel den Vorschlag der Ministerin „Es ist wesentlich sinnvoller, in den Aus- und Aufbau von Krippen- und Kindergartenplätzen zu investieren. Familien brauchen verlässliche finanzielle Unterstützung und Bildungsinvestitionen.“ In der schwarz-gelben Koalition ist über das Betreuungsgeld ein Dauerstreit entbrannt, Bundesfamilienministerin Schröder steht im Kreuzfeuer von CSU und FDP. Der CSU geht der Vorschlag nicht weit genug – sie will das Betreuungsgeld zwei Jahre lang an jeden ausgezahlt wissen, der sein Kind nicht in eine öffentliche Kindertagesstätte schickt.

Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Petra Elsner, findet deutliche Worte für die sogenannte „Herdprämie“: „Die Forderung nach dem Betreuungsgeld zeigt das antiquierte und unmoderne Frauenbild der Union. Das Betreuungsgeld setzt gerade für Frauen falsche Anreize, nach der Geburt eines Kindes länger aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Dies hat zur Folge, dass die Mütter häufig nur schwer wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Kleine Rente und Altersarmut werden so oft vorprogrammiert.“

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt diese Zahlung, die als Prämie für das "Nicht in Anspruch nehmen" staatlicher Leistungen gezahlt wird, entschieden ab.

CDU und Mindestlohn – Heute Hüh und morgen Hot

Groß war die Überraschung, als die hiesige CDU sich auf ihrem Kreisparteitag für einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn aussprach. Groß war dann auch die Verwunderung, als die beiden lokalen CDU-Abgeordneten Arnold Schmitt und Bernd Henter im Landtag einen entsprechenden Antrag zur Einführung eines Mindestlohns ablehnten. Dazu Ingeborg Sahler-Fesel, MdL: „Hier war die Fraktionsdisziplin wohl wichtiger als die eigenen Mitglieder und das eigene Gewissen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die CDU-Fraktion nun nach dem Vorstoß von Frau Merkel in Richtung Mindestlohn verhält, damit auch Frau Klöckner (CDU) endlich weiß, wie sie entscheiden darf. Aktuell hat die CDU "Merkel-typisch" weder Fisch noch Fleisch beschlossen: Eine "regionaltypische" Lohnuntergrenze ohne gesetzliche Vorgabe soll es richten.

Als Sozialdemokratin begrüße ich den Sinneswandel der CDU mit einem Zitat von Andrea Nahles: "Wenn Frau Merkel schon umfällt, dann wenigstens in die richtige Richtung." Die Menschen in unserem Land haben es verdient, dass man ihre Anliegen und Probleme ernst nimmt. Daher empfehle ich natürlich in Sachen Mindestlohn nur dem Original zu vertrauen, der SPD"

1 Jahr Julia Klöckner - Eine Bilanz



Zur von der CDU-Landeschefin gezogenen Bilanz ihrer bisherigen Amtszeit erklärt der rheinland-pfälzische SPD-Generalsekretär Alexander Schweitzer:

„Landtagswahl verloren. OB-Wahlen in Bad Kreuznach, Worms, Ingelheim und Zweibrücken verloren. Partei noch immer überschuldet. Frau Klöckners Bilanz nach einem Jahr als CDU-Landesvorsitzende ist - gelinde gesagt - ernüchternd. Umso tiefer muss der Schluck aus der Phrasenpulle ausfallen. Kein schicker Begriff darf da fehlen: ‚Bürgerbewegung‘, ‚Mikrokampagnen‘, ‚Politik von unten nach oben‘.

Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz sind in der Finanz- und Wirtschaftskrise, bei der Haushaltskonsolidierung und beim Umsetzen der Energiewende gefordert. Zu keiner dieser Herausforderungen ist ein Vorschlag Frau Klöckners auf dem Markt. In Zeiten maximaler Herausforderungen liefert sie nur ‚Mikropolitik‘.

Was Frau Klöckner unter Politik von unten nach oben versteht, zeigt die aktuelle Mindestlohn-Debatte: Ganze CDU-Kreisverbände sprechen sich für einen Mindestlohn aus. Auch Abgeordnete ihrer Fraktion machen sich dafür stark, werden aber von ihrer Vorsitzenden gezwungen im September-Plenum namentlich gegen ihre Überzeugung zu stimmen. Da sind sie wieder, die alten CDU-Methoden.

„Sie hat in der Sachpolitik noch erhebliche Defizite“, so ein Christdemokrat am 30. August gegenüber dem Trierischen Volksfreund. Kein Wunder, dass sich Frau Klöckner zum Einjährigen selbst gratulieren musste. Mikro sind die Arbeitsergebnisse. Maximal fällt nur das Eigenlob aus.“

Bei Fragen und Anliegen für Sie da!

Sie haben Fragen zur aktuellen Politik im Kreistag oder Landtag, Probleme mit Behörden oder anderen Institutionen? Dann wenden Sie sich doch an mein Bürgerbüro. Mein Team und ich stehen Ihnen gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

Mein Bürgerbüro erreichen Sie entweder per Post:
Bürgerbüro Ingeborg Sahler-Fesel, MdL
Am Bahndamm 12
54338 Schweich



Per Telefon oder Fax:
Telefon: 06502/9371840 - Fax: 06502/9371841

Oder per Mail, über meine Homepage und Facebook:
Mail: i-sahler-fesel@online.de - Homepage: www.sahler-fesel.de
Facebook: Ingeborg Sahler-Fesel